

Paibacher Zeitung.

Nr. 75.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Samstag, 1. April.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1882.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. März d. J. über Antrag des Ministers des kaiserl. Hauses und des Aeußern den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Ladislaus Grafen Poyos zum Sectionschef im Ministerium des kais. Hauses und des Aeußern allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. März d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, dass dem Statthalterei-rathe bei der dalmatinischen Statthalterei Johann Fortis aus Anlass der über sein Ansuchen erfolgten Versetzung in den dauernden Ruhestand der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner treuen und ersprießlichen Dienstleistung bekanntgegeben werde.

Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern hat den Obergeringenieur extra statum der k. k. Seebehörde in Triest Dr. Josef Slade zum Obergeringenieur und den Bau-Adjuncten Hieronymus Conte Bagna zum Ingenieur für den Staatsbau-dienst in Dalmatien ernannt.

Am 30. März 1882 wurde in der k. k. Hof- und Staats-druckerei in Wien das XIII. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter:
Nr. 33 das Finanzgesetz für das Jahr 1882 vom 29. März 1882.
„Wr. Btg.“ Nr. 73 vom 30. März 1882.)

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt des in Nr. 80 des politischen Tagesjournals „Die Presse“ vom 21. März 1882 (Erstes Abendblatt) enthaltenen Artikels mit der Aufschrift „Wien, 21. März“ in der Stelle von „Der 18te März ist der Tag“ bis „Es lebe die Commune“ das Vergehen nach § 305 St. G. begünstigt, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt der Flugschrift „An den hohen österreichischen Reichsrath“, gezeichnet Wien, den 20. März 1882, Karl August Forsner, Verlag von Karl August Forsner, Druck von Karl Burkert, Wien, und zwar vom Anfange bis „ist nichts erreicht“, das Vergehen nach § 300 St. G. begünstigt, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Das k. k. Landesgericht als Pressgericht in Graz hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 17. März 1882, Z. 4841, die Weiterverbreitung der in Budapest erscheinenden „Volkszeitung“ Nr. 11 vom 12. März 1882 wegen der Artikel „Zur Saison der rothen Kreuz-Vereine“ und „Destier-reich“, dann wegen des Gedichtes „Du mußt dich schinden, quälen lassen“ nach den §§ 65 a und 302 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie das „Prager Abendblatt“ meldet, zur Vinderung des Nothstandes in den Gemeinden Neu-Posimthal, Alt-Fürstenhütte, Vorder- und Hinter-Waldheim und Böhmischdorf im Bezirke Tachau 1000 fl.; ferner, wie die „Luzer Zeitung“ meldet, den Schulschwestern de Notre-Dame in Freistadt zur Vollerfüllung des Baues des Instituts Hauses 500 fl.; endlich, wie der „Vote für Tirol und Vorarlberg“ meldet, zur Restaurierung der Kirche zu Vigo de Cavatine und Anschaffung von Kirchengeschäften 100 fl. zu spenden geruht.

Wien, 29. März.

(Orig.-Corr.)

Die parlamentarischen Ferien haben begonnen, wenigstens für das Abgeordnetenhaus, die ruhig verlaufenden Sitzungen des Herrenhauses stören ohnehin die Stille nicht. Der eben abgelaufene Sessionsabschnitt war vorwiegend dem Budget gewidmet, hervorragendes Interesse nahmen sodann das sogenannte Sperrgesetz und die Wahlreform in Anspruch. Wir haben den Verlauf der Verhandlungen seinerzeit eingehend genug besprochen, und können es daher füglich unterlassen, heute nochmals darauf zurückzukommen. Die lebhafteste Bewegung und Erregung, welche die ganze Session charakterisiert, fehlte auch diesem Abschnitt nicht, ja man könnte beinahe sagen, dieselbe habe in

demselben ihren Höhepunkt erreicht. Dagegen konnte man auch bemerken, dass diesmal die Majorität viel einheitlicher und geschlossener sich präsentierte, die Verständigung zwischen den einzelnen Gruppen über Details wie Hauptfragen rasch und leicht erfolgte. Und was das Einvernehmen zwischen ihr und der Regierung betrifft, so sei constatiert, dass die oppositionellen Blätter selbst diesmal nichts von angeblichen Differenzen oder Reibungen zu fabulieren wussten, da sie für derlei Behauptungen nicht einmal Scheingründe aufzutreiben in der Lage waren. Während sich das Gefüge und somit die Stellung der Majorität festigte, hat die Linke in diesem Sessionsabschnitte einen schweren Schlag erlitten. Ihre Haltung in der politischen Frage der Wahlreform wurde nicht nur von der Bevölkerung nicht gebilligt, sie hatte auch eine Spaltung zur Folge, und wenn auch die Zahl der Dissidenten nicht groß ist, so ist die Thatsache doch an und für sich von großer Bedeutung, und zweifellos ist es auch, dass sie Konsequenzen haben werde, welche der Partei nicht zum Vortheile gereichen dürften.

Ueberhaupt mehren sich die Losagungen von der Partei, politische Persönlichkeiten, wie ganze Schichten wenden sich von ihr ab. Insbesondere ist es das Kleinbürgerthum, das mit der Haltung der oppositionellen Abgeordneten unzufrieden ist und sich ganz entschieden für die Actionen und Tendenzen der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete ausspricht. Bemerkenswert ist auch, dass die Arbeiter gewisse Agitatoren, wie z. B. jüngst den bekannten Ritter v. Schönerer, sehr energisch zurückweisen. Es ist nicht zu verkennen, dass die einseitige Parteipolitik der Linken bereits auch in weiteren Kreisen als etwas Ueberholtes, Unzeitgemäßes betrachtet wird, und man die mehr social-politische Richtung, welcher die Regierung huldigt, warm begrüßt. So sehr drängen die Zeitverhältnisse nach dieser Richtung, dass die national-politischen Tendenzen in den Hintergrund zu treten beginnen, und dies umso mehr, als die wesentlichsten der begründeten Wünsche im Sinne der Gerechtigkeit erfüllt worden sind. Die auf die socialen und Staatsinteressen gerichtete Thätigkeit erscheint derart als Nothwendigkeit, dass eine Partei, welche sich von derselben ausschließen will, an ihrem Untergange arbeitet.

Reichsrath.

60. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 30. März.

Se. Excellenz der Herr Präsident Graf Trauttmansdorff eröffnet um 11 Uhr 25 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe und Ihre Excellenzen die Herren Minister Dr. Freiherr v. Bismarkowski, Graf Falkenhayn, Dr. Pražák, Freiherr v. Conrad, Eybesfeld, GM. Graf Welfersheimb, Dr. Ritter v. Dunajewski und Freiherr v. Pino.

Die Verordnung des Gesamtministeriums vom 6. März 1882, betreffend die Ausnahmeverfügungen für die Gebiete der Bezirkshauptmannschaften Cattaro, Metkovic und Ragusa, wird der juridischen Commission zugewiesen.

Die nachträgliche Uebereinkunft zu der am 7ten November 1881 in Paris geschlossenen Handelsconvention wird der Staatsvertrags-Commission zugewiesen.

Der Handelsvertrag mit Serbien, die Consular-convention, der Vertrag über Rechtshilfe, der Staatsvertrag über die Behandlung der Verlassenschaften mit Serbien und das Viehschutzen-Uebereinkommen mit Serbien werden der volkswirtschaftlichen Commission zugewiesen. Ebenso wird das Gesetz, betreffend die Einführung von Postsparrassen in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, der volkswirtschaftlichen Commission zugewiesen.

In der Generaldebatte über die Abänderung mehrerer Paragraphen des Wehrgesetzes ergreift nach dem Berichte des Grafen Falkenhayn das Wort:

Baron Apfaltrern; er weist auf die in den letzten Jahren stattgefundenen Mobilisierungen der Reservisten hin. Die Kriegsverwaltung habe dabei, was die Durchführung der bezüglichen Maßnahmen betreffe, sehr zufriedenstellende Maßnahmen gemacht. Es seien jedoch Bedenken geltend gemacht worden, ob die Reservisten-

Einberufungen mit den betreffenden Bestimmungen des Wehrgesetzes, insbesondere mit dem im § 10 desselben aufgestellten Principe vollständig im Einklange seien. Gerade mit Rücksicht darauf, dass die Maßnahmen, um welche es sich handelt, sehr ernst und tief einschneidender Natur sind, sei es wünschenswert, dass die gesetzliche Grundlage dieser Maßnahmen außer jeden Zweifel gestellt werde. Redner empfiehlt der Kriegsverwaltung, sie möge Studien machen, um eine Heeresorganisation herzustellen, welche es ermöglichen würde, im Bedarfsfalle eine entsprechende Truppenmasse an irgend einem Punkte der Monarchie zu versammeln, ohne dass es nothwendig ist, zur Einberufung der Reservisten zu schreiten.

Se. Excellenz der Herr Landesvertheidigungs-Minister Graf Welfersheimb:

Hohes Haus! Nach den gründlichen Studien, welche in der Commission dieses hohen Hauses bereits über die Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Wehrgesetzes, vorgenommen worden sind, dann mit Rücksicht auf die eingehenden Darlegungen des Herrn Berichterstatters glaube ich, die Zeit und Aufmerksamkeit des hohen Hauses nicht mit allgemeinen Erörterungen über diesen Gegenstand in Anspruch nehmen zu sollen. Ich beschränke mich daher im allgemeinen darauf, die Annahme des vorliegenden Gesetzesentwurfes dem hohen Hause zu empfehlen, das ja seine patriotische Opferwilligkeit jederzeit bekundet hat, wo es sich um die Interessen des Reiches und seiner Wehrkraft handelt.

In Bezug auf die von dem hochverehrten Herrn Vorredner angeregte specielle Frage werde ich mir nur wenige Bemerkungen erlauben. Es wurden von dem hochverehrten Herrn Vorredner über die im Zuge befindlichen Ausnahmemaßregeln zur Bekämpfung der Bewegung in Südbulgarien und in der Herzegowina, namentlich in Bezug auf die Einberufung der Reservisten, in zweifacher Richtung Bedenken vorgebracht. In erster Richtung betrafen die Bedenken die Congruenz dieser Maßnahmen mit den gesetzlichen Bestimmungen, und in zweiter Richtung betrafen die Erörterungen die Frage einer möglichen organisatorischen Aenderung der Heereseinrichtungen.

Ich glaube, hier die letztere Frage nicht behandeln zu sollen, nachdem dieser Gegenstand in die Competenz des Reichs-Kriegsministeriums fällt, wofür dasselbe den Delegationen verantwortlich ist, denen es diesbezüglich auch vorläufige Erklärungen abgegeben hat. Ich kann mich daher auf die Erklärung beschränken, dass die diesseitige Regierung jederzeit bereit sein wird, die Gelegenheit zu ergreifen, die Laften, welche der Kriegsdienst auferlegt, in möglichst entsprechender Weise zu vertheilen und zu erleichtern.

Inbetreff der Legalität der Einberufung der Reservisten in dem bezogenen Falle muss ich mir erlauben, einige Bemerkungen zu machen; denn würden die getroffenen Maßnahmen mit dem Gesetze nicht übereinstimmen, dann wäre allerdings jetzt der geeignete Moment, die Bestimmungen des Gesetzes in entsprechender Weise zu ändern, um jede zweifelhafte Auslegung desselben zu beseitigen und volle Klarheit zu schaffen. Ich glaube, dass dies weder nothwendig noch den bestehenden Verhältnissen entsprechend wäre.

Es ist von dem hochverehrten Herrn Vorredner der § 10 des Wehrgesetzes angezogen worden, welcher im ersten Alinea in Bezug auf die Reserve die Bestimmung enthält, dass dieselbe theilweise oder ganz nur auf Befehl des Kaisers zur Ergänzung des stehenden Heeres auf den Kriegszustand einberufen werden kann. Es folgt diesem Alinea aber noch ein dritter Absatz, welcher besagt: „Wenn nur eine theilweise Heranziehung von Reservemännern zur activen Dienstleistung erfolgt, so hat diese nach der Reihenfolge der assentierten Altersklassen zu geschehen.“ Es zeigt dies, dass das Kriterium für die Einberufung nicht gerade die Ergänzung des Kriegszustandes ist, sondern dass die Heranziehung der Reservemänner unter Umständen auch theilweise geschehen kann, ob der Zweck nun in der Erhöhung des Friedens- oder Kriegszustandes liegt. Ich glaube daher, dass der Heeresverwaltung kein Vorwurf daraus gemacht werden kann, wenn sie im vorliegenden Falle, wo es sich um eine Action vor dem Feinde handelt, in den Grenzen des unbedingt Nothwendigen verblieb und dass ihr Vor-

gehen vollkommen den gegenwärtigen Bestimmungen des Wehrgesetzes entspricht.

Der hochverehrte Herr Vorredner hat übrigens in dieser Richtung einen Antrag nicht gestellt, und ich glaube daher, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses mit weiteren Erörterungen über diesen Gegenstand nicht in Anspruch nehmen zu sollen. (Beifall.)

In der Specialdebatte werden auf Antrag des Fürsten Adolf Auerberg sämtliche Paragraphen bis auf den § 54 en bloc angenommen.

Zu § 54 (Beschränkung der Auswanderung Wehrpflichtiger) motivierte Freiherr von Hye das Minoritätsvotum.

Se. Excellenz Herr Landesvertheidigungs-Minister WM.

Graf Welfersheimb:

Hohes Haus! Es bedarf des vollsten Vertrauens in die Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit der Sache, deren Vertretung ich übernommen habe, sowie in die politische Einsicht des hohen Hauses, wenn ich es unternehme, den Ausführungen entgegenzutreten, welche uns in so beredter Weise von einer außerordentlich redegewandten Persönlichkeit soeben vorgetragen worden sind.

Ich werde mir erlauben, der Rede in ihren Einzelheiten zu folgen, muß aber die Anerkennung vorausschicken, die ich der gründlichen Berathung zolle, welche diese Gesetzentwurf in der Wehrcommission gefunden hat; es ist dies ein neuer Beleg für das patriotische Entgegenkommen, welches alle das Staatsinteresse berührenden Fragen in diesem hohen Hause in traditioneller Weise gefunden haben. Ich kann daher mit Freude und Befriedigung constatieren, daß sowohl die Majorität als die Minorität sich auf dem Standpunkte der patriotischen Hingebung befindet, daß es sich in Bezug auf die Differenzen um die Verschiedenheit menschlicher Ansichten handelt. Ich werde mich bestreben, die Sache so eingehend als möglich zu begründen.

Das erste Bedenken, welches vorgebracht wurde, richtete sich gegen die angebliche Verletzung des Artikels IV des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte des Staatsbürger. Dieser Artikel enthält die Bestimmung, daß die Freiheit der Auswanderung nur durch die Wehrpflicht beschränkt wird. Das Schwergewicht liegt also in dem Begriffe der Wehrpflicht; wie steht es nun mit der Wehrpflicht? Ich citiere hier den § 1 des Wehrgesetzes: „Die Wehrpflicht ist eine allgemeine und muß von jedem Staatsbürger erfüllt werden.“ Das Gesetz unterscheidet also zwischen der Allgemeinheit dieser Pflicht und deren Erfüllung. Die §§ 4 und 5 bestimmen weiter die Grenzen für die Erfüllung dieser Pflicht.

In allen Staaten ist die Abgrenzung der Dienstpflicht genau reguliert. Es ist diese Regulierung in der verschiedensten Weise durchgeführt, was schon beweist, daß dies kein principieller Umstand ist und mit grundsätzlichen Bestimmungen nichts zu thun hat. Die Verkürzung oder die Verlängerung der Dienstpflicht ist also offenbar eine Sache, welche von der Gesetzgebung des betreffenden Staates unabhängig von den Staatsgrundgesetzen geregelt werden kann. Wenn also heute der Staat eine Regelung dieser Dienstzeit vornehmen wollte, so würde das wohl kaum als ein Angriff auf das Staatsgrundgesetz angesehen werden können. Das Grundsätzliche ist also nur die Normierung der Wehrpflicht, das Nebensächliche, die Ausführung dieser Pflicht, ist Gegenstand der wandelbaren Gesetzgebung. Die Wehrpflichtigkeit nach § 1 kann bei Einzelnen früher, bei anderen später beginnen, und ich glaube daher und bin von der festen Ueberzeugung durchdrungen, daß der Staat das volle Recht hat, diejenigen, welche eine Pflicht gegen ihn zu erfüllen haben, daran zu hindern, sich der Erfüllung dieser Pflicht zu entziehen. Ich glaube auch, daß der Staat vollkommen berechtigt ist, die Grenzen für den Beginn dieser Wehrpflicht bis zur Geburt auszudehnen, wenn dies auch in Wirklichkeit aus praktischen Rücksichten nicht der Fall sein wird. Ich glaube aber, daß der Staat auf die Wehrpflicht des Einzelnen nicht nur ein formelles, sondern ein rationelles Recht besitzt. Wer ist es denn, der das Eheband gewährleistet? Wer ist es, der das Kind von seiner Geburt an beschützt und im Falle seiner Verwaisung für die Vormundschaft sorgt? Wer ist es, der das Kind in der Schule für das praktische Leben vorbereitet? Es ist der Staat, und der Staat hat nach alledem wohl auch das Recht, zu fordern, daß der Betreffende ihm seine Schuld abtrage.

Ich stehe also auf dem Standpunkte, daß der Staat auch das Recht haben muß, die Betreffenden zur Ausübung ihrer Pflicht zu verhalten, oder mit anderen Worten, die Betreffenden von der Auswanderung zurückzuhalten. Hat aber der Staat dieses Recht, dann kann es nicht gerade beim 19. Jahre anfangen, sondern es muß sich überhaupt auf jene Lebensjahre erstrecken, wo voraussichtlich die Befähigung für die Wehrpflicht eintritt.

Gegenüber den Bemerkungen des Referenten der Minorität, daß in der Beschränkung der Auswanderung eine Bedrückung der ärmeren Familien liege, muß ich hervorheben, daß gerade die reicheren Familien es sind, welche ihre Söhne ins Ausland schicken, und daß gerade gegen diesen Missbrauch die betreffende Bestimmung gerichtet ist. Wenn bisher eine andere Praxis geübt worden ist, so kann dies wohl nicht als ein Grund für die Stabilisierung der gegenwärtigen Uebelstände angesehen werden. Wenn früher etwas fehlerhaft war, so ist das noch kein Grund, daß es auch für alle Zukunft so bleiben müsse. Als ein Moment für das Recht des Staates auf die Beschränkung der Auswanderung in einem viel früheren als demstellungspflichtigen Alter ist der früher bestandene Missbrauch des Loskaufes von Kindern anzusehen. Es hätte dies nicht möglich sein können, wenn man nicht die Wehrpflicht schon beim Kinde als im Principe bestehend angesehen hätte. Denn niemand kann von einer Pflicht losgekauft werden, die ihm nicht obliegt.

Dies sind im wesentlichen die Gründe, welche ich für das Recht des Staates auf Beschränkung der Auswanderung anführen darf. Es bedarf wohl nicht der Erinnerung daran, daß im Abgeordnetenhaus die gleiche Vorlage der eingehendsten Erwägung unterzogen wurde, ohne daß dort von den bedeutendsten juristischen Autoritäten die Forderung erhoben worden wäre, wie sie hier gestellt wird, daß bei der Votierung dieses Gegenstandes die Zweidrittel-Majorität erforderlich sei.

Was die Bemerkungen anbelangt bezüglich der Gemeinsamkeit der vorgeschlagenen Maßregel für beide Reichshälften, so kann ich nur das wiederholen, was ich schon gelegentlich der Wehrgesetz-Debatte im Abgeordnetenhaus über das staatsrechtliche Verhältnis zwischen beiden Theilen der Monarchie sagte, nämlich die volle Aufrechterhaltung der Ausgleichsgeetze nach ihrem Geiste und nach der Absicht ihres Schöpfers. So weit es nun die Hauptgrundzüge der Armeeverwaltung angeht, sind in beiden Reichshälften gleichlautende Bestimmungen getroffen. Der Kriegsminister entscheidet über die Auswanderungsgesuche aller jener, welche sich in der Reserve oder Ersatzreserve befinden, die Landesvertheidigungs-Minister über die Gesuche der der Landwehr des betreffenden Landes Angehörigen. Diese Bestimmungen sind vollständig gleich. Es handelt sich also hier nur um die Bestimmungen, welche außerhalb des Rahmens des Kriegswesens fallen. Es sind dies jene Bestimmungen, welche sich auf die Zeit beziehen, wo der Wehrpflichtige die Wehrpflicht noch nicht zu erfüllen hat. In dieser Richtung aber ist eine Gleichheit eben so wenig unbedingt nothwendig wie absolut gleiche Staatsgrundgesetze in beiden Reichshälften. Wenn Ungarn die Beschränkung der Auswanderung mit Rücksicht auf seine Verhältnisse nicht für nothwendig fand, so ist es seine Landesangelegenheit; das erforderliche Contingent hat es trotzdem immer aufzubringen. In Oesterreich sprechen die Verhältnisse für die Zweckmäßigkeit der Beschränkung der Auswanderung, und es ist auch besser, sich auf den Standpunkt der Zweckmäßigkeit zu stellen, weil dieser allein durch Erfolge zur Nachahmung anregt.

Ich habe noch auf zwei Bemerkungen zu antworten, welche Se. Excellenz der Herr Vorredner, gewiss von den edelsten Gefühlen geleitet, gemacht hat. Er hat die Beschränkung der Auswanderung, wie ich bereits früher erwähnte, eine Bedrückung der Armen und eine schreiende Verletzung der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte genannt. Ich habe darauf bereits geantwortet, daß es galt, einen Missbrauch bei der Auswanderung der Söhne reicherer Familien abzustellen. Wenn der Minoritäts-Referent sagte, daß in Oesterreich nebst volkswirtschaftlichen Gründen auch nationale und confessionelle Verhältnisse Motive für Auswanderungen seien, so sehe ich mich als Mitglied der Regierung vor allem verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß zu allen Zeiten und namentlich in constitutionellen Ländern es Perioden gibt, wo der Streit in verschiedenen Fragen acute Formen annimmt. Der Kampf der Meinungen liegt eben in unseren freiheitlichen Institutionen: er ist eine nothwendige Folge der Lebensbethätigung im Staatswesen und ich glaube, jeder Staatsbürger ist verpflichtet, für seine beste Ueberzeugung in den Kampf einzutreten und nicht ein Argument dafür zu bilden, daß er seinem Vaterlande wegen dieses Kampfes der Meinungen den Rücken kehre. Aber ich glaube nicht, daß es in Oesterreich so weit gekommen wäre, daß man zum Wanderstabe greifen müßte. Möge was immer für ein Kampf der Meinungen platzgreifen: Oesterreich wird bleiben der Hort für die freie Entwicklung aller Nationalitäten, aller Interessen und dafür bürgen uns die Grundzüge unseres erhabenen Monarchen. (Bravo! Bravo!)

Ich habe mir erlaubt, diese Momente darzulegen, um das Princip des Gesetzes der eingehenden Erörterung zu unterziehen, um darzuthun, daß die Regierung nicht leichtsin, sondern aus triftigen Gründen diese Novelle vorgeschlagen hat, und um Sie zu bitten, dem Entwurfe mit Rücksicht auf diese Erwägungen zuzustimmen. (Beifall.)

Bei namentlicher Abstimmung wird § 54 mit 68 gegen 19 Stimmen angenommen und der Rest des Gesetzes ohne Debatte genehmigt.

Das Gesetz, betreffend die Beschränkung der Execution auf Beamtengehälter und die Phylloxera-Convention werden hierauf genehmigt.

Nach Vornahme der Wahl der Wahlreform- und der Zolltarifs-Commission wird die Sitzung um 4 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Zur Lage.

Die „République Française“ widmet den Leistungen des österreichisch-ungarischen Operationscorps in der Krivošije eine längere Besprechung, welche in rückhaltloser Anerkennung der Erfolge des Pacificationswerkes gipfelt.

Das „Schlesische Tagblatt“ nimmt Act von der in den Kreisen der Gewerbetreibenden seit längerer Zeit sich bemerkbar machenden Bewegung und schreibt darüber unter anderem: „Es ist ein charakteristisches Merkmal der Aera Taaffe, daß in derselben Fragen in Fluss gerathen sind und zur Entscheidung drängen, die sonst immer mit der billigen Phrase abgethan wurden, daß sie noch nicht spruchreif seien. Der Gewerbestand hat in der letzten Zeit ein lebendiges Interesse am politischen Leben bewiesen und ist eben daran, seine Organisation als mitbestimmender Factor in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten des Staates zu vollenden. . . . Diese neue Partei perhorrescirt alle unfruchtbaren nationalen Kämpfe, in deren Lärm und Erregung die materielle Wohlfahrt des Volkes und der Besitz unserer culturellen Errungenschaften Schaden leidet. Sie will die ruhige, zweckbewusste, auf das Ziel immer höher fortschreitende Cultur gerichtete Arbeit. . . . Die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Fünf-Gulden-Männer erscheint darum als die bedeutendste politische That des gegenwärtigen Parlamentes.“

Ueber die von Sr. Excellenz dem Herrn Handelsminister im Abgeordnetenhaus eingebrachte Vorlage, betreffend die Herstellung neuer Eisenbahnverbindungen zwischen Triest und der Istrien sowie der Kronprinz-Rudolfsbahn, schreibt die „Adria“: „Die außerordentliche Wichtigkeit dieser Regierungsvorlage bedarf keiner Auseinandersetzung. Einer der heißesten und am längsten gehegten Wünsche Triests geht endlich der Verwirklichung entgegen und wird auch verwirklicht werden, denn wir wollen nicht einmal die Möglichkeit zugeben, daß bei der Theilnahme, welche jetzt im Reichsrathe für Triest herrscht, die Bemühungen der Regierung zur Förderung und Hebung unserer Verhältnisse vereitelt werden könnten. Wir haben vielmehr Günstiges zu gewärtigen und fast mit der Gewissheit einer vollbrachten Thatfache zu rechnen. Zu dieser guten Wendung unserer Angelegenheiten und der Eisenbahntarif-Enquête, welche uns auch so nahe berührt, kommt auch die Geneigtheit, einem anderen unserer Wünsche entgegenzukommen, d. h. Differentialzölle für einige der wichtigsten Einfuhrartikel, in erster Linie für Kaffee, zugunsten des Triester Hafens einzuführen. Das sind Thatfachen, nicht Worte, es geht vorwärts, und wenn die begründete Voraussicht nicht täuscht, wird es noch viel mehr vorwärtsgehen, wenn einmal alle Maßregeln in Wirksamkeit gesetzt sind, welche zum Theile noch erwogen werden, zum Theile schon vorgeschlagen sind.“

Aus Budapest

wird unterm 30. März gemeldet: In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses theilt der Präsident mit, daß Ab. Kiss eine dringliche Interpellation in Angelegenheit der Maßnahmen gegen die Verbreitung der Phylloxera vastatrix in der oberrheinischen Gegend angemeldet habe. Auf den Vorschlag des Präsidenten erfährt die Tagesordnung insofern eine Aenderung, daß nach der dritten Lesung der gestern votierten Vorlagen vorerst der Gesetzentwurf über den Schiffsverkehrsvertrag mit Serbien in Verhandlung gezogen wird. Referent Baross empfiehlt mit Rücksicht auf die Vortheile, welche dieser Vertrag dem Lande bietet, die Vorlage zur Annahme. Diefelbe wird ohne Bemerkung angenommen.

„Pesti Napló“ und „Pester Lloyd“ sprechen sich über die unparlamentarischen Vorgänge im kroatischen Landtage tadelnd aus. Die dortigen Geschehnisse erniedrigen die ganze Nation. „Pester Lloyd“ sagt: Das Geschimpfe der Opposition berührt uns nicht; ihr Haß irritiert uns nicht; an dem Verhältnisse ändert dies nichts. Wir sagen es nicht zum erstenmale, aber wir sagen es mit Nachdruck: das Maß der Concessionen an Kroaten ist ein vollgültigstes, und nicht ein Atom wird mehr hinzugefügt.

Der Aufstand und Montenegro.

Aus Ragusa schreibt man der „Pol. Corr.“ unterm 25. März: So sehr auch die Expedition vom 9. und 10. d. M. in der Krivošije alle Erwartungen übertraf und in so glänzendem Lichte die kaiserlichen Truppen, sowohl was Führung als auch was Schuß, Ausdauer und Tüchtigkeit betrifft, erscheinen ließ, für jeden mit Land und Leuten einigermaßen vertrauten Beurtheiler war es nichts destoweniger von vornherein klar, daß dieser glänzende Waffengang die vollständige Niederwerfung des Aufstandes keineswegs

bedeute. In unterrichteten Kreisen wußte man, daß eine bedeutendere Zahl der Insurgenten, dem Vorstoße unserer Truppen nach Dragalj westwärts ausweichend, sich am 10. d. M. in die Mačija Stopa und Mačija Planina geschlagen hatte, wo sie in Voraussicht einer derartigen Eventualität schon seit Wochen die erforderlichen Lebensmittel und Munitionsvorräthe zusammengetragen haben sollten. Die Wahl dieses Terrains war infolgedessen mit großer Klugheit getroffen, als dessen beispieldlose Unzugänglichkeit und die für militärische Zwecke besonders ungünstige Grenzconfiguration in Verbindung mit den Schwierigkeiten der Jahreszeit einer erfolgreichen Unternehmung zur völligen Verdrängung der Ausständischen aus diesem Schlupfwinkel derzeit fast unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen. So war man denn im Hauptquartiere vollkommen darauf gefaßt, daß von dieser unwirtlichen und gegenwärtig fast unnahbaren Zufluchtsstätte aus die Empörung ihr Dasein noch eine Zeitlang fortkristen werde, und fühlte sich durch die Vorstöße der Insurgenten, welche der Expedition gegen Dragalj trotz deren außerordentlichen Erfolges unmittelbar folgten, keineswegs überrascht. Wohl mochte diese Erscheinung dort Enttäuschung und Unruhe hervorrufen, wo man mit etwas überheuletem Sanguinismus in den glänzenden Thaten der kaiserlichen Truppen am 9. und 10. d. statt eines vernichtenden Schlages gegen die Empörung gleich deren völligen Tod erblickt hatte; hier — noch einmal sei es betont — hatte man dieser Erwartung nie Raum gegeben.

In der öffentlichen Meinung wußte man sich die erneuten Kämpfe nach der Besetzung von Dragalj nicht anders als durch ein verrätherisches Doppelspiel Montenegro zu erklären, welches den Insurgenten gestattet habe, seine Grenze an einem Punkte zu überschreiten, um sie an einem anderen zu frischen Unternehmungen gegen die kaiserlichen Truppen wieder durchschlüpfen zu lassen. So allgemein dieser Erklärungsversuch und mit so großer Sicherheit er auch gemacht wurde, er entspricht nichtsdestoweniger der Wahrheit nicht, und Gerechtigkeit macht es zur Pflicht, dies ausdrücklich zu constatieren. Jener Theil der Krivosijaner, von welchem die Beunruhigungen der Truppen ausgingen und sowohl noch eine Weile hindurch ausgehen werden, hat die montenegrinische Grenze, an der er sich unmittelbar eingenistet hat, bisher nicht überschritten. Der montenegrinische Cordon hat gerade am 9. und 10. d. M. und seither in völlig correcter Weise gewirkt. Es mag unglaublich klingen, aber es ist wahr, daß aus Montenegro den „Brüdern“ in der Krivosija an jenen heißen Tagen keinerlei Succurs geworden ist. Es ist dies unter der Bevölkerung in den Bocche allgemein bekannt und wird auch von den kaiserlichen Behörden constatirt.

F.M. Jovanović hat denn auch, als der russische Ministerresident Jonin sich vor mehreren Tagen nach Cetinje begab, denselben eigens ersucht, dem Fürsten Nikolaus diese Thatsache mit dem Ausdrucke seiner besonderen Wertschätzung derselben bekannt zu geben. Es mag freilich der fürstlichen Regierung enorme Anstrengungen gekostet haben, den wilden Söhnen der Schwarzen Berge diese mit aller Tradition und allen Rechtsanschauungen derselben im Widerspruche stehende Haltung beizubringen, und mehr als einmal mußte sie zu Präventivmaßregeln der drastischsten Natur ihre Zuflucht nehmen; doch eben darum muß ihr der Erfolg besonders angerechnet werden. Ohne diese entschiedene Stellungnahme der montenegrinischen Regierung wären denn wohl auch den kaiserlichen Truppen am 9. und 10. d. M. statt der etwa 1000 schlecht geführten Insurgenten, noch weitere 1000 kriegsharte Montenegriner und einige hundert Herzegowzen zur Seite gestanden, und der Widerstand wäre jedenfalls ein größerer gewesen. Ähnlich verhalten sich die Dinge längs der Grenze in der Herzegowina. Wie soeben aus Cetinje gemeldet wird, ließ die montenegrinische Regierung auf Grund von Reclamationen des I. und I. Ministerresidenten v. Thömmel, welcher über einige Uebertretungen der Cordonsinstructionen, die namentlich im Gebiete von Piva vorgekommen sein sollen, Beschwerde erhob, eine strenge Untersuchung einleiten.

Als die kaiserlichen Truppen mit zwei Geschützen gegen Dragalj vorrückten, ließ der montenegrinische Cordon die schon seit dem 8. und 9. d. M. vor demselben angehäuften flüchtigen Familiengenossen der Insurgenten über die Grenze nach Montenegro ein. Dies geschah mit Vorwissen des Obersten v. Thömmel, welchem von dieser unabweisbar gewordenen Maßregel zuvor Anzeige erstattet worden war. Dabei deckten etwa 150 bewaffnete Krivosijaner den Abzug der Flüchtlinge durch ein lebhaftes Gewehrfeuer aus den um das ehemalige Fort Dragalj herum gelegenen Gehäusen. Die kaiserlichen Truppen erwiderten mit Geschütz- und Geschützfeuer, welches die Insurgenten alsbald nöthigte, die Häuser zu verlassen und sich, stets feuernd, auf die Höhen längs der vom montenegrinischen Cordon weithin sichtbar besetzten und markirten Grenze zurückzuziehen. Hierbei plakten einige Schrapnels in der Nähe der zusammengebrängten flüchtigen Weiber, Kinder etc., was namenloses Entsetzen unter letzteren verbreitete. Oberst v. Thömmel davon in Kenntnis gesetzt, telegraphierte sofort an F.M.

Jovanović und G.M. Winterhalder, die denn auch ungesäumt das Nothwendige veranlaßten. Auf diesen Austausch von Telegrammen beschränkte sich die brevis manu aufgekärte und abgethane Sache, die hintendrein fälschlicherweise zu einer besonderen, obendrein durch einen Specialgesandten in Wien anhängig gemachten Reclamation Montenegro aufgebauht wurde. Es war dies nicht der erste derartige Zwischenfall während der diesjährigen Campagne und wird kaum der letzte sein.

Noch schlimmer steht es um eine andere Meldung, durch welche die Stimmung vor kurzem alarmirt wurde, um die angebliche Mobilisirung der montenegrinischen Armee. Diese Mobilisirung gehört nämlich einfach ins Gebiet der Fabel und bildet, in was immer für eine Form sich ihre Proteus-Erscheinung inzwischen verwandelt haben mag, eine Erfindung, und zwar, wenn nicht die dreiste, so doch der dreisteften eine, die seit langem ihr Dasein in Zeitungspalten fristeten.

Vom Ausland.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam am 30. v. M. die vielbesprochene kirchenpolitische Vorlage zur zweiten Lesung. Die Commissions-Berathungen über dieselbe haben bekanntlich zu scheinbar unausgleichbaren Divergenzen geführt, inzwischen ist aber zur Ueberraschung der Liberalen zwischen dem Centrum und den Conservativen eine Vereinbarung zustande gekommen, welche, wie es heißt, von der Regierung gebilligt wird und auch nur mit deren Unterstützung die Mehrheit gewinnen wird. Die Conservativen und die gesammte Linke dürften dagegen stimmen, jedoch vergeblich, da die Coalition der Conservativen, des Centrum und der polnischen Fraction die Majorität hat. Herr Windthorst zieht seine Separat-Anträge für Aufhebung des sogenannten Sperrgesetzes und Freigabe des Messelens zugunsten des Compromissantrages zurück. Durch den letzteren wird hauptsächlich das Juli-Gesetz mit den discretionären Vollmachten zur factischen Suspension der Mai-Gesetze bis 1. April 1883 verlängert, der Bischofs-Paragraph angenommen und das staatliche, sogenannte Culturexamen für Candidaten des geistlichen Standes abgeschafft.

In der baierischen Kammer brachte in der Sitzung am 30. v. M. in der Specialdebatte über den Cultus-Etat Abgeordneter Schels bei der Position „Allgemeiner Ministerial-Etat“ den Antrag ein, die letztere gänzlich zu streichen, den Reservefonds um die klagbaren Beträge zu erhöhen und die Krone um Aufhebung des Cultusministeriums zu bitten. Die Abgeordneten Hoermann und Kopp sowie der Referent Mittler bekämpften den Antrag als verfassungswidrig. Derselbe wurde schließlich abgelehnt und die Etats-Position bei namentlicher Abstimmung mit 144 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Position „Dispositionsfonds“ wurde von der Majorität abgelehnt. Schels erklärte, nachdem die Opposition nicht mehr wirksam sei, nunmehr dafür zu stimmen.

In Palermo begann am 31. v. M. die Erinnerungsfest an die sogenannte sicilianische Vesper von 1282, die bekannte blutige Volkserhebung gegen die damalige französische Herrschaft. „Die Erinnerungsfest — schreibt der römische Correspondent des „Journal des Débats“ — ist als eine anti-französische Kundgebung ins Werk gesetzt worden, darüber mag man sich keinen Täuschungen hingeben. Doch hat man ihr auch von verschiedenen Seiten diesen Charakter zu benehmen gesucht. Die Regierung entsendet Kriegsschiffe nach Palermo, sei es zur Erhöhung der Festfeier oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung.“

Tagesneuigkeiten.

— (Im I. Hofopertheater) in Wien trat am 30. v. M. Frau Materna zum letztenmale in dieser Saison, und zwar in der Rolle der „Königin von Saba“ auf. Frau Materna macht demnächst einen kleinen Kunstausflug nach Nordamerika, um dort bei einigen Musikfesten mitzuwirken, und wird später in Baireuth mit Marianne Brandt in Wagners „Parsifal“ als „Kundry“ alternieren. Dazu schreibt die „Wiener Abendpost“: Wie ist doch die Geselligkeit bei den deutschen Theatern geschwunden! Es scheint, daß das Theater zu seinen Anfängen zurückkehren wolle, zur fahrenden — Künstlergesellschaft. In der neuen Form wird es wohl „Saison-Theater“ heißen, und die einst viel-angegriffenen italienischen Theaterzustände werden nach Deutschland übertragen. Daß die Sterilität der Production, der Mangel an neuen Opern und bedeutenden Stücken mit dazu beiträgt, den festen Jahresbestand der Bühnen zu lockern und den Darstellern die Hauptanziehungskraft zuzuschieben, ist eine Folge der allgemeinen Verhältnisse. Die zweite Folge ist, daß das Publicum, dem wenig Novitäten geboten werden, in dem Bestreben nach Abwechslung selbst dem Wechsel der Darsteller zustrebt. Die Urlaube werden schließlich die Hauptsache, Engagements Nebensache werden, und dies umso mehr, als während kurzer Zeit Gäste besser bezahlt werden können. Alles, was zur Kunst gehört, geht jetzt

auf Reisen; auch ganze Theater, wie das Meiningener und das „deutsche Theater“ in Berlin, das eben gegründet wird als deutsche Musterbühne, haben ihre Haupthoffnung auf das Reisen gestellt. Die deutschen Künstler werden also wieder Wanderlehrer werden. Die Kunst wird dabei nicht blühen, das steht fest. Doch um zu Frau Materna zurückzukommen, so melden wir, daß sie, wie immer als „Königin von Saba“, ihrer Rolle vollen Effect abgewann, lebhaft applaudirt und gerufen und reichlich bekränzt wurde.

— (Drei Personen verschüttet.) Bei dem Hause Nr. 5 in der Rärntnerstraße in Wien, welches soeben demoliert wird, wurden am 30. v. M. früh 6^{1/4} Uhr durch den Einsturz eines Gewölbes drei Arbeiter verschüttet, von denen einer todt auf dem Plage blieb, während die beiden anderen sehr bedenkliche Verletzungen erlitten. Das erwähnte Haus ist ein Winkelbau ärgster Sorte; einzelne Theile sind dem Gebäude ohne Verbindung mit den Haupt- und Stützmauern angebaut, so daß die Abtragung dieser Annexen ungemein schwierig ist und wegen fortwährender Einsturzgefahr mit großer Vorsicht zu Werke gegangen werden muß. In dem Hofraume wurde am 30. v. M. früh 6 Uhr mit der Demolierung eines gefährlichen Thorbogens begonnen. Die beiden Erdarbeiter Rucicka und Slad sowie der Handwerker Lorenz, welche hiebei nicht beschäftigt waren, stellten sich in der Nähe auf, um den Bogen stürzen zu sehen. Die Aufforderung, sich zu entfernen, ließen sie unbeachtet, das Gewölbe brach zusammen, und die drei Arbeiter lagen unter dem Schutte begraben. Die bei der Demolierung beschäftigten Leute begannen augenblicklich die Begräbnung des Schuttes und brachten nach kurzer Zeit die Verschütteten an das Tageslicht. Rucicka hatte einen Bruch des Rückgrates erlitten und starb bald nachdem er in die Wache in der Singerstraße übertragen worden war. Dorthin wurden auch Slad und Lorenz gebracht, welche beide bedenkliche Verletzungen davongetragen haben.

— (St.-Gotthard-Tunnel.) Die officielle Eröffnung des St.-Gotthard-Tunnels wird binnen kurzem in glänzender Weise gefeiert werden. Se. Majestät König Humbert, sämtliche italienischen Minister sowie Deputationen der italienischen Kammer und des Senates werden sich in die Schweiz begeben und daselbst von den Behörden solenn empfangen werden. Sämtliche Eingeladenen werden sich hierauf nach Mailand begeben, um dort den großen Festen beizuwohnen, welche den letzten Theil des Programmes bilden.

— (Familienmord.) Ein furchtbares Verbrechen wurde vor einigen Tagen in Neapel begangen. Ein Apothekergehilfe Namens Nikolaus Rebano ermordete mit Messerstichen seine 24jährige Frau und seine drei Kinder, von denen das älteste fünf Jahre, das jüngste sechs Monate alt war, und tödtete sich dann selbst mit Blausäure.

— (Schloß Claremont.) Ihre Majestät die Königin Victoria hat das Schloß Claremont zwischen Windsor und London käuflich erworben. Claremont, von Lord Clive, dem berühmten ersten Generalgouverneur von Ostindien, erbaut, ward ursprünglich von der englischen Regierung als eine Residenz für die Prinzessin Charlotte, die Tochter und Thronerbin Georgs IV., gekauft. Nach ihrem 1817 erfolgten Tode kam es an ihren Gemahl, den späteren König Leopold von Belgien, welcher es nach der Februar-Revolution seinem Schwiegervater, dem König Louis Philipp, einräumte, der auch, ebenso wie seine Gemahlin, die Königin Marie Amélie, dort starb. Nach dem Tode des Königs Leopold im Jahre 1865 ward eine Parlamentsacte angenommen, welche das Schloß der Königin zum lebenslänglichen Nießbrauche überließ.

Locales.

— (Aus dem Finanzgesetz für 1882.) Die „Wiener Zeitung“ vom 30. v. M. veröffentlichte, wie bereits gemeldet, den Staatsvoranschlag für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder für das laufende Jahr. Darnach beziffern sich die ins Capitel 7: „Ministerium des Innern“, fallenden ordentlichen Ausgaben für Krain auf 120,000 fl. Die erste Rate des Verordnungsbeitrages zur Herstellung der Bezirksstraße Idria-Verševce beziffert sich auf 5900 fl. Für die Saveregulierung in Krain wurden 10,000 fl. eingestellt. Das Erfordernis des Religionsfonds beträgt 107,900 fl. Für Gymnasien erscheinen eingestellt 85,000 fl., für Realschulen 23,500 fl.; als erste Rate zum Neubau für die Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Laibach erscheinen 30,000 fl. eingestellt. Für die Bergdirection in Idria sind an Ausgaben 583,270 fl., für Neubauten und productive Anlagen daselbst 9500 fl. präliminirt. Für die Herstellung eines Schwurgerichtssaales beim Landesgerichte in Laibach wird von dem Voranschlage per 50,000 fl. der Rest mit 38,000 fl. eingestellt. Als unverzinslicher Vorschuss erscheint für Krain eine fixe Jahressubvention von 175,000 fl. Die mit 5 pCt. verzinslichen Vorschüsse für Krain betragen 70,000 fl. Die Einnahmen des Religionsfonds beziffern sich für Krain mit 11,200 fl. Die Bergdirection Idria figurirt in den Staatseinnahmen mit 828,469 fl.

— (Beseda.) Morgen (Sonntag) findet in der hiesigen Citalnica eine Vereinsbeseda statt. Das Programm derselben lautet: 1.) Curchanthe, Ouverture von E. M. Weber für Clavier (vierhändig), Harmonium und drei Violinen, gespielt von den Herren: Julius Ritter v. Dhm = Januschowsky, Josef Maier, Alfred Bedenig, Anton Klein, Victor Parma und Adolf Rohrmann; 2.) „Moja ladja“, Männerchor von F. S. Vilhar; 3.) „Rex tremendae e Recorde della messa da Requiem di G. Verdi“, Transcription für Violoncell, Violinen, Harmonium in Clavier, gespielt von den Herren: Victor Parma, Anton Klein, Alfred Bedenig und Julius Ritter von Dhm = Januschowsky; 4.) „Sirota“ von A. Hajdrih, Chor mit Altfolo, gesungen vom Männerchor und Fräulein Zela Piskar; 5.) Faust: Duo-Concertant für Piano und Harmonium, von Ketterer-Durand, gespielt von dem Herrn Julius Ritter von Dhm = Januschowsky; 6.) „Ave Marija“ von Verdi, Solo für Sopran mit Begleitung der Violine und des Harmoniums, das Solo gesungen von Fräulein Albine Böhm, begleitet von dem Herrn Anton Klein; 7.) „Hochzeitszug“ aus dem Shakespeariſchen „Sommernachts Traum“, Musik von Mendelssohn-Bartholdy, gesetzt für Clavier (vierhändig), Harmonium, Violinen und Violoncell, gespielt von den Herren Julius Ritter von Dhm = Januschowsky, Josef Maier, Alfred Bedenig, Anton Klein, Adolf Rohrmann und Victor Parma. — Anfang um 8 Uhr abends. Die vorgenannten Damen und Herren haben ihre Mitwirkung in besonderer Freundschaft zugesagt; das amerikanische Harmonium (Estep Cottage-Organ) hat in liebenswürdigster Weise Herr Alfred Bedenig, das Piano desgleichen Herr Ferdinand Souvan zur Verfügung gestellt.

— (Der „schwarze Kaffee.“) Unsere hiesigen Kaffeehausbesitzer, welche bisher keine Preissteigerung der Kaffeeportionen eintreten ließen, haben nun mit Rücksicht auf die Verhältnisse beschlossen, den Preis für die Schale schwarzen Kaffees von 10 kr. auf 12 kr. zu erhöhen, die mit dem heutigen Tage eintritt. Der weiße Kaffee erfährt jedoch keine Preissteigerung.

— (Musik beim Schweizerhaus.) Bei günstiger Witterung wird morgen Sonntag, nachmittags drei Uhr, die brave Theaterkapelle unter der Leitung ihres hier so beliebten Directors Herrn J. Mayer concertieren, und wird u. a. der auch bei uns rasch populär gewordene Walzer „Nur für Natur“ zum Vortrag gelangen.

— (Von der k. k. priv. Kronprinz-Rudolfsbahn.) Der „Klagenfurter Zeitung“ meldet man aus Villach unterm 30. März: Am 29. d. M. abends langte aus Wien von kompetenter Seite die telegraphische Nachricht hier ein, daß nunmehr mit Bestimmtheit Villach als der zukünftige Sitz des Oberbetriebsamtes der Rudolfsbahn für die steirische und kärntnerische Linie bezeichnet sei.

— (Zum Brande in Oberlaibach.) Über den wir kürzlich berichteten, wird uns noch Nachstehendes mitgeteilt: Das Feuer brach am 21. v. M. bei Mathias Grum in Oberlaibach aus, welches dessen Wohn- und Wirtschaftsgebäude, als auch jene seiner Nachbarn, des Thomas Suhadolc Nr. 8, des Johann Dgrin Nr. 10, des Martin Nagode Nr. 11, des Georg Slabe Nr. 12 und des Georg Leskovec Nr. 13 und schließlich auch noch die Dreschienne und die Doppelharpe des Stefan Novak Nr. 15 eingäschert hat. Der Gesamtschaden wird auf circa 7000 fl. veranschlagt; indem alle Beschädigten zusammen um 4100 fl. versichert sind, so reduziert sich also der Schaden auf 3000 fl. Den Bemühungen der Oberlaibacher Feuerwehr unter der Leitung des Fabrikbesizers Franz Klotnik und des Handelsmannes Karl Mayer gelang es, das Feuer bis 1 Uhr nachmittags zu bewältigen und jede weitere Gefahr zu beseitigen. In dem Hause des Mathias Grum befanden sich zur Zeit, als der Brand zum Ausbruche kam, die drei Kinder der Gertraud Dgrin, welche sich, da das Haus verperrt gewesen, in der größten Lebensgefahr befanden. Durch die Geistesgegenwart des Gendarmen Venger wurden dieselben jedoch gerettet, indem er unter Hülfeleistung mehrerer Personen die drei bedrängten Kinder mit anerkenntwerter Bravour ins Freie trug. Eines der Kinder trug eine leichte Brandwunde davon, sowie ein zweites aus einem der anderen abgebrannten Häuser. Bis jetzt ist die Entstehungsurſache dieses Brandes, der so bedeutende Dimensionen annahm, nicht ermittelt, es wird bloß vermuthet, daß das Anglühen eines hölzernen Balkens neben einem hölzernen Rauchmantel, oder aber im Spielen der oberwähnten drei Kinder mit Zündhölzchen die Ursache desselben sind.

— (Landschaftliches Theater.) Die gestrige Aufführung von Offenbachs lustiger Operette „Blaubart“ gieng zum Benefiz der beliebten Operettensängerin Fräulein Louise Raneck in Scene und errang einen schönen Erfolg. Die Benefiziantin selbst war zwar leider durch ein schon längere Zeit andauerndes Unwohlsein am Auftreten verhindert. — Die „Bulotte“ sang Fräulein v. Wagner mit frischer Stimme und überwältigendem Humor; das Fräulein fand für ihre gelungene Leistung rauschenden Beifall. Recht brav waren die

Herren Amenth als „Blaubart“, Berger (Popolany), Felix (Prinz Saphyr) und Aupitz (Minister des Königs). Wie wir hören, erhielt Fräulein Raneck von mehreren Theaterfreunden ein passend abjustirtes, schönes Osterrei.

— (Theaternachrichten.) Heute findet der Schluß der Vorstellungen der Direction Mondheim-Schreiner für diese Saison statt; man gibt den „Lustigen Krieg“, und werden, wie wir hören, für die „Lustige Elſe“ (Fräulein v. Wagner) mehrere Ovationen vorbereitet. Es ist zu hoffen, daß diese letzte Vorstellung das alte Sprichwort wieder als Wahrwort wird erscheinen lassen: „Ende gut, alles gut“.

Morgen (Sonntag) findet zum Benefiz des Chorpersoneals eine Künstlerakademie unter gefälliger Mitwirkung der hiesigen Oper- und Schauspiel-Mitglieder sowie des Herrn Prof. Hans Gerstner, des Herrn Kapellmeister Mahler und der Musikkapelle des k. k. 26. Infanterieregiments Michael Großfürst von Rußland unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeister Czerny statt. Das Programm für diesen Abend ist ein vorzüglich gewähltes und geeignet, allen Geschmacksrichtungen gerecht zu werden. Es lautet: I. Abtheilung: Ouverture zu „Mädchen von der Spule“ (v. Adolf Müller), Regimentskapelle; Recit. und Arie aus der Oper „Don Juan“ (v. Mozart), singt Fräulein Fischer; „Hab' in der Brust ein Vögelein“, „In den Augen liegt das Herz“, Lieder (von Hölzel), gesungen von Herrn Erl; „Herr Schmied“, Lied (von Truhn) für Bass, gesungen von Herrn Unger. — II. Abtheilung: I. Finale aus der Oper „Lohengrin“ (von Richard Wagner), Regimentskapelle. Hierauf: „Eine Vorlesung bei der Hausmeisterin“. Posse in einem Act nach dem Französischen von Alexander Berger. (Regie: Herr Vinori.) Personen: Frau Magl (Hausmeisterin) Herr Vinori; Frau Czerdial (Wirthschafterin) Herr von Balajthy; Ramfell Charlotte (Wirthschafterin) Fräulein Aupitz; Crescentia (Tochter der Frau Magl) Fräulein Paulert; Hippelberg Herr Paier; Seppi (Schusterjunge) H. Bauer; ein Herr — Herr Braun; eine Dame — Frau Paier. — III. Abtheilung: Meditation über Sebastian Bachs I. Präludium (von Ch. Gounod), Regimentskapelle (20 Violinen); Ballade und Polonaise (Wiengetemps) für Violine mit Clavierbegleitung, vorgetragen von den Herren Hans Gerstner und Kapellmeister Mahler; „Vergißmeinnicht“ (von Suppé), gesungen von Herrn Amenth; „Bettler“, Arie aus der Oper der „Prophet“ (von Meyerbeer), singt Fräulein Bruck; „Es ist nicht wahr“ (Lied von Mattai), gesungen von Herrn Luzzatto. — Den Mitgliedern des Chores, die nahezu allabendlich die Saison über auf den Brettern waren, ist ein recht guter Besuch des Hauses auf das wärmste zu wünschen.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Paris, 31. März. Die Kammer nahm die Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und Spanien an.

Madrid, 31. März. In Catalonien wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Ruhe kehrt allmählich wieder; mehrere Werkstätten wurden bereits wieder eröffnet.

Wien, 31. März. Die „Wiener Zeitung“ bringt das nachstehende Bulletin: Ihre k. und k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Marie Antoinette, Tochter Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Karl Salvator, ist am Samstag, den 25. d. M., an einer schweren Diphtheritis erkrankt. Nachdem während der ersten drei Tage sowohl das Allgemeinbefinden als die localen Krankheitserscheinungen im Halſe zu den schwersten Besorgnissen Anlaß gaben, trat im Laufe des gestrigen Tages eine erfreuliche Besserung ein, welche auch heute andauert. Wien am 30. März 1882. — Dr. Heim m. p.

Prag, 31. März. Ihre k. und k. Hoheiten Kronprinz Erzherzog Rudolf und die Kronprinzessin Erzherzogin Stefanie werden sich am 4. April nach Wien begeben. — Dr. Rieger wurde in der städtischen Beseda gestern abends mit einer Ovation begrüßt. Er erwiderte auf die Ansprache des Obmannes Starck unter anderem Folgendes: Nicht alles, was wir anstreben, können wir erreichen. Wir müssen uns gedulden, unsere Forderungen mäßigen. Wir müssen bedenken, daß wir österreichische Staatsbürger sind und unsere Forderungen nach den Bedürfnissen des Staates einrichten. Wir wollen vor den Deutschen nichts voraus haben; neben ihnen wollen wir unsere Rechte genießen. Wir haben Fortschritte gemacht, die wir anderswo suchen würden.

Wien, 31. März. Se. Excellenz der Herr Minister Dr. Pražák ist, wie die „Salzburger Zeitung“ meldet, gestern in Salzburg angekommen und sofort nach Tirol weitergereist.

Wien, 31. März. Das Herrenhaus des Reichsrathes hat seine Plenarsitzungen zwar auf unbestimmte Zeit vertagt, allein mehrere Commissionen, darunter die Unterrichtscommission, werden ihre Arbeiten fortsetzen und nur während der Osterwoche eine kurze Pause eintreten lassen. — Dagegen ruhen im Abgeordnetenhaus alle Geschäfte, da sich die Ab-

geordneten in ihre Heimat begeben haben, um die Osterferien im Kreise ihrer Angehörigen zuzubringen.

Rom, 31. März. Der Papst hielt gestern, wie der „Osservatore Romano“ berichtet, ein öffentliches Consistorium ab, in welchem den neuernannten Cardinälen Agostini, Mac Cobe, Ricci-Paracciani, Laſagni und Jacobini der Cardinalsſhut überreicht wurde, worauf die neuen Cardinäle den Eid leisteten. Nachdem der Doyen der Consistorial-Advocaten zum erstenmale die Sache der Seligsprechung Pirotti v. Benevent vertreten, fand unmittelbar darauf ein geheimes Consistorium statt, in welchem der Papst an den neuernannten Cardinälen die Ceremonie der Mundschließung vornahm und die Beneficiaren für verschiedene Kirchen designierte. Sodann notificierte der Papst die mittelst Breve erfolgten Ernennungen für verschiedene Kirchen, worunter jene Bernhard Hotings zum Vicar von Osnabrück, Robert Herzogs für Breslau und Kaspar Drobos für Paderborn. Nach der Ceremonie der Mundöffnung überreichte der Papst den neuen Cardinälen die Cardinalsringe und verlieh denselben die Presbyterial-Titel. Zum Schluſſe ernannte der Papst zu apostolischen Delegaten den Mgr. Sambucetti für Ecuador, Bolivien und Peru, den Mgr. del Frate für Chili und den Mgr. Magno für Costarica.

Dessa, 31. März. Der Procurator des Riemſchen Kriegsgerichtes General Strelnikoff wurde gestern abends auf dem Strandboulevard durch einen Revolverschuß verwundet und ist zwei Minuten später gestorben. Der Attentäter wurde verhaftet.

Theater.

Heute (ungerader Tag) zum letztenmale: Der lustige Krieg.

Heute Uebertragung per Telephon. Ermäßigte Preise. Extra-Entrée für Theaterbesucher à Person 30 kr. Garnison- und Studenten-Karten 20 kr.

(Morgen Sonntag findet die Uebertragung per Telephon zum letztenmale statt.)

Lottoziehung vom 29. März:

Br ü n n : 23 21 84 36 40.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

März	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Temperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Millimetern
31.	7 U. Mg.	731.43	+ 0.4	SW. schwach	Nebel	0.00
	2 „ „	729.87	+ 16.4	SW. schwach	heiter	
	9 „ „	731.23	+ 8.8	SW. schwach	heiter	

Morgens dichter Nebel, dann heiter; mondheile Nacht. Das Tagesmittel der Wärme + 8.5°, um 1.6° über dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Dankſagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, welche dem Leichenbegängniſſe unſeres innigst geliebten Gemahls, resp. Vaters, des Herrn

Franz H. Iglič,

Kaufmann,

am Sonntag, den 26. März, beigewohnt haben, sprechen hiemit den tief gefühltesten Dank aus

Barbara Iglič, als Gemahlin. — Adele Iglič, als Tochter.

W i e n am 31. März 1882.

Eingefendet.

Wichtig für Magenleidende!

Herrn Julius Schaumann, Apotheker in Stoderau.

Seit einer Reihe von Jahren litt ich trotz aller angewendeten Medicamente und Hausmittel an Magenbeschwerden. Auf Anrathen versuchte ich auch Ihr Magenſalz und schon nach Verbrauch einer Schachtel beſſerſte ich mich von diesem Uebel befreit. Indem ich Ihnen meinen besonderen Dank ausspreche, erlaube ich Ihnen, von diesen Zeilen beliebigen öffentlichen Gebrauch zu machen.

Achtungsvoll

Rosa Schent in Preßburg.

(Zu haben beim Erzeuger, landſchaftlicher Apotheker in Stoderau, und in allen renommirten Apotheken Oesterreich-Ungarns. — Preis einer Schachtel 75 kr. — Versandt von mindestens zwei Schachteln gegen Nachnahme.) (5029)

Soeben erschien im Verlage von Gerold & Comp. und ist vorrätzig bei

Jg. v. Kleinmayer & Fed. Bamberg in Laibach:

Die österreichische arktische Beobachtungsstation auf Jan Mayen

1882—1883.

6 1/4 Bogen 8°, mit einer Karte und drei Illustrationen.

Preis 50 fr.
